
Eine Stadt kämpft

Ein Gespräch über die Lage der Henrichshütte in Hattingen und die Stahlsituation

mit Rolf Bäcker und Marga Wende*

Die Stahlkrise betrifft diesmal insbesondere die traditionellen Stahlstandorte Oberhausen und Hattingen. Klassische, weitgehend monostrukturierte Montanregionen sind vom Niedergang, ganze Städte vom Aussterben bedroht. Angesichts dieser existenziell bedrohlichen Situation, auf die Unternehmen und Politik nach Meinung betroffener Arbeitnehmer viel zu schwerfällig und völlig unzureichend reagieren, fallen bei dem Gespräch in Hattingen bittere und kämpferische Worte. Für Resignation ist kein Platz. Die Erinnerung an die Zeit vor fast 40 Jahren, als die Demontage der Henrichshütte begann, ist wach. Darüber ist in der Festschrift des Werkes (Ein Jahrhundert Henrichshütte Hattingen 1854 -1954, hrsg. v. d. Ruhrstahl AG, Darmstadt 1954) zu lesen: „In der Bevölkerung herrschte Erregung und Besorgnis; ihr Schicksal war eng mit dem Wohl und Wehe der Hütte verknüpft. Für Tausende bodenständiger Arbeiter und deren Familien gab es keine andere Erwerbsmöglichkeit. Andere Industriebetriebe waren nicht in der Lage, weitere Kräfte einzustellen. Werk, Be-

* Das Gespräch fand am 27. März 1987 auf der Henrichshütte in Hattingen statt. Von der Redaktion nahmen Hans O. Hemmer und Ingeborg Wahle-Homann daran teil.

etriebsrat und Behörden richteten dringende Appelle an die Militärregierung. Sie wiesen nach, daß der befohlene Abbau nicht nur schwere wirtschaftliche Schäden, sondern die Verelendung der Bevölkerung des ganzen Hattinger Bereichs mit sich bringe.“ Dieser Nachweis ist auch heute zu führen. Ob es zu einer ähnlichen Solidarität wie damals kommt und ob die Stilllegung diesmal zu verhindern sein wird?

Marga Wende, geb. 1941 in Hattingen, seit 1958 bei der Henrichshütte beschäftigt, heute Verwaltungs-Sachbearbeiterin, seit 1984 Mitglied des Betriebsrats (als einzige Frau unter 28 Männern), Sprecherin der Fraueninitiative in Hattingen seit Februar 1987.

Rolf Bäcker, geb. 1937 in Bochum, seit 1974 im Betriebsrat der Henrichshütte, seit 1984 Betriebsratsvorsitzender.

Frage: Beginnen wir mit Zahlen und Daten: Wie sieht es zur Zeit mit der Entwicklung der Belegschaft auf der Henrichshütte aus? Wie steht es um die Stadt und um die Region?

Rolf Bäcker: Zu Beginn der erneuten Stahlkrise im Jahr 1975 hatte das sogenannte integrierte Hüttenwerk Henrichshütte Hattingen noch rund 8 500 Belegschaftsmitglieder. Durch die Übernahme von Gelsenguß kamen zwischenzeitlich noch einmal 500 Belegschaftsmitglieder hinzu. Ausgangsbasis sind also 9 000 Belegschaftsmitglieder. Heute, Ende März 1987, sind es noch rund 4 600. Es ist angekündigt, daß in den nächsten 18 Monaten weitere 2 900 Arbeitsplätze auf der Henrichshütte wegfallen werden. Das ist für die Belegschaft, für die Familien, ja für ganze Stadt eine einzige Katastrophe. Hattingen ist die Stadt in der Bundesrepublik, die am meisten vom Stahl abhängig ist - weit vor Dortmund und Duisburg. Von den 18 000 Arbeitsplätzen in dieser Stadt mit rund 58 000 Einwohnern sind zur Zeit noch etwa 4 600 im Stahlbereich angesiedelt. Wenn davon bei einer Arbeitslosenquote, die zur Zeit bei ungefähr 15 Prozent liegt, noch einmal 2 900 wegfallen, und wenn davon wiederum nur knapp 700 über Sozialpläne erfaßbar sind, kann man sich leicht ausrechnen, daß die Arbeitslosenquote in Hattingen in die Nähe von 30 Prozent klettern wird.

Angesichts dieser Situation haben wir unseren Widerstand formiert. Er trägt sich inzwischen glücklicherweise selbst. Mittlerweile kämpft eine ganze Stadt gegen den Thyssen-Konzern und die von ihm angekündigten Maßnahmen. Wir hoffen, daß dieser Protest sich auch noch weiter nach außen tragen läßt, daß die Zahl derer, die an unserer Seite gegen derartige Kahlschlagkonzepte kämpfen, noch größer wird. Wir können die Entwicklung nicht einfach hinnehmen. Es muß etwas verhindert werden.

Frage: Welche Rolle spielte bisher die Henrichshütte in Hattingen und für Hattingen? Was hat dieses Stahlunternehmen für die Stadt in den vergangenen 40 Jahren bedeutet?

Rolf Bäcker: Unsere Väter haben in den Jahren 1946 bis 1948 diese Hütte aus dem Schutt ausgebuddelt - teilweise mit bloßen Händen. Sie haben bei den Alliierten Werkzeuge gestohlen, um hier aufbauen zu können. Sie haben 1948, zum Teil unter Einsatz ihres Lebens, die Demontage verhindert. Sie haben damit erreicht, daß in dieser Stadt Arbeitsplätze erhalten blieben. Sie müssen heute mit ansehen, wie ihre Söhne von denen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, deren Eigentum sie damals erhalten haben, aus dem diese dann später ihre Profite schöpfen konnten. Das ist bedauerlich und unbegreiflich.

Seit 1948 hatten die Hütte und damit diese Stadt eine wechselvolle Geschichte. Es gab Höhen und Tiefen. Ende der sechziger Jahre war der Höchststand der Beschäftigung nach dem Kriege erreicht: rund 10 300 Beschäftigte. Daß es in dieser Stadt nach wie vor eine industrielle Monostruktur gibt, ist nicht der Stadt vorzuwerfen. Das ist nicht zuletzt auf den maßgeblichen Einfluß der Besitzer dieser Hütte, von Ruhrstahl über Rheinstahl zu Thyssen, zurückzuführen. Sie haben immer wieder versucht, mit massiver Einflußnahme zu verhindern, daß andere Industrien größeren Ausmaßes hier angesiedelt wurden. Sie befürchteten, dadurch wesentliche Teile ihres Facharbeiterstammes zu verlieren. Es war damals durchaus üblich, daß kleinere Betriebe die gut ausgebildeten Facharbeiter von der Henrichshütte gegen eine höhere Bezahlung abwarben. Dagegen haben die Konzerne mit intensiver Einflußnahme auf Kommunen und auch auf Landesregierungen Politik gemacht. So wunderte es nicht, daß der damalige Besitzer der Henrichshütte zu der Zeit, als der einmalige Glücksfall gelang, für die Belegschaften der gestorbenen Zechen die Automobilfabrik Opel nach Bochum zu bringen, bei der Stadt Bochum und auch bei der Landesregierung massiv versuchte, zu verhindern, daß Opel nach Bochum kam. Auch hier lautete die Begründung, man habe Angst, Facharbeiter an diese Neugründung zu verlieren. Da liegt eine Wurzel jenes Übels, daß Hattingen nach wie vor monostrukturiert ist.

Nach dem Beginn der Stahlkrise, die sich 1975 erstmals in Kurzarbeit niederschlug, hat es, nachdem seit 1978 viermal je 1 000 Arbeitsplätze wegfielen, von Seiten des Betriebsrats den Hinweis gegeben, daß es, wenn die Entwicklung so weitergehe, für Hattingen kaum eine Überlebenschance gebe. Das war auch eine Reaktion auf den damaligen ersten Versuch einer Neuordnung der deutschen Stahlindustrie, das sogenannte Moderatorenpapier, das eine Konzentration auf drei Stahlstandorte, im wesentlichen an der Rheinschiene, vorsah. Damals haben wir in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden des Thyssen-Konzerns unsere Bedenken dargelegt, weil uns klar war, daß es mit den Entlassungen, die damals vorgenommen worden waren, nicht sein Bewenden haben würde. Wir haben darauf hingewiesen, daß es zwingend notwendig sei, eine grundlegende Umstrukturierung hier in Hattingen vorzunehmen. Wir haben gemeint, daß es sich angesichts des integrierten Hüttenwerkes anböte, diese Umstrukturierung in Richtung auf die Weiterverarbeitung vorzunehmen. Wenn es notwendig würde, so haben wir geschrieben, könnte man nach und nach aus der Roheisen- beziehungsweise Stahlproduktion aussteigen. Wir

haben auf diesen Brief bis heute keine Antwort erhalten. Alle unsere nachfolgenden Verhandlungen haben wir unter das Motto der Umstrukturierung gestellt, damit wir nicht an den Punkt kämen, an dem wir jetzt angelangt sind und der eigentlich vorausberechenbar war. Thyssen hat an anderen Orten intensiv investiert, ich erinnere nur an die 1,5 Milliarden für Budd in Amerika. Aber auf die Idee, etwas für die Stahlstandorte, insbesondere für die an der sogenannten Peripherie, zu tun, ist niemand gekommen. Ich muß davon ausgehen, daß die Entwicklung auf den heutigen Punkt hin bewußt in Kauf genommen worden ist. Eben hin zu dem Punkt, an dem ein Konzern, der Marktführer im Stahlbereich ist und der insgesamt jährlich noch hunderte von Millionen Gewinn macht, erstmals zu Massenentlassungen greift. Das ist ein Armutszeugnis sondergleichen. Ich kann nur hoffen, daß die Ereignisse der letzten Wochen einige da oben das Zittern gelehrt haben.

Inzwischen ist man ja von den ganz rabiaten Vorstellungen abgegangen, die nur noch für etwa 700 Arbeitnehmer sogenannte sozialverträgliche Lösungen vorsahen. Es bleibt aber skandalös, daß ansonsten nichts anderes versucht wurde, als uns an den Verhandlungstisch zu zwingen, um eine Lösung herbeizuführen, die für die verbleibenden über 2 000 Arbeitnehmer „betriebsbedingte Kündigungen“ vorsieht. Das heißt mit anderen Worten, daß - wenn nicht Dritte zu Hilfe kommen - das Unternehmen sich der betriebsbedingten Kündigung zur Problemlösung bedienen will. Das würde, klar und deutlich gesprochen, heißen, daß der „liebe Mitarbeiter“ mit ein paar Pfennigen Abfindung und einem Tritt in den Hintern auf die Straße gesetzt würde.

An der inzwischen entbrannten öffentlichen Diskussion stört uns, daß nicht so sehr über die Verantwortung von Thyssen geredet wird, vollwertige Ersatzarbeitsplätze am Standort der Kahlschlagsanierung zur Verfügung zu stellen, sondern über soziale Abfederung, über Stahlstiftungen und ähnliche Ersatzlösungen. So etwas kann für die Betroffenen bestenfalls den unmittelbaren Absturz in die totale Armut verhindern.

Frage: Was wird mit den ungefähr 2 000 Arbeitsplätzen geschehen, die hier auf der Henrichshütte erhalten bleiben sollen?

Rolf Bäcker: Die verbleibenden ungefähr 1 800 Arbeitsplätze liegen im Bereich der Weiterverarbeitung, der bei unserem schon erwähnten damaligen Vorschlag der Umstrukturierung die entscheidende Rolle spielte. Dieser Bereich ist nach Meinung des Thyssen-Konzerns mittelfristig und auf absehbare Zeit gesichert. Was allerdings in der Argumentation der Herren „mittelfristig“ oder auch „auf absehbare Zeit“ bedeutet, erleben wir zur Zeit am eigenen Leib. Am 6. Oktober 1986 hat der Thyssen-Sprecher bei einer großen Veranstaltung hier in Hattingen noch erklärt, der Stahlstandort Hattingen sei auf absehbare Zeit gesichert. Zu dieser Aussage hatte er die ausdrückliche Genehmigung des Thyssen-Stahl-Vorstandes sowie des Aufsichtsrats-Vorsitzenden. Nachdem es dann allerlei Interpretationen der Begriffe „mittelfristig“ und „auf absehbare Zeit“ gegeben hatte, erklärte der Vorstandsvorsitzende

der Thyssen-Stahl AG nach einer Auf Sichtsratssitzung im Dezember, die Hochöfen in Hattingen seien nicht zu halten. Von der „Sicherung der Stahlbasis“ in Hattingen war allerdings weiterhin die Rede, und zwar bis zum 28. Januar 1987 - also drei Tage nach der Bundestagswahl. Danach erklärte dann derselbe Mann, daß man die steigenden Verluste so nicht mehr hinnehmen könne. Es müsse also ernsthaft über drei Modelle nachgedacht werden: Ausstieg aus der gesamten Grobblechproduktion, Schließung der beiden noch verbliebenen Grobblech-Straßen; Weiterbetreiben der Grobblech-Straße in Duisburg und Schließung der Grobblech-Straße in Hattingen; Schließung der Grobblech-Straße in Duisburg und Weiterbetreiben der Grobblech-Straße in Hattingen. Wir haben dann diskutiert, daß das ja wohl nicht alles sein könne. Wir haben nach der Sozialverträglichkeit dieser drei Modelle gefragt. Wir haben damit immerhin erreicht, daß eine Varianten-Umwandlung stattfand:

Auf einer weiteren Konferenz wurde mitgeteilt, daß man sich von dem ersten Modell getrennt habe, weil es im Konzern nicht durchsetzbar sei. Man hatte inzwischen drei neue Varianten berechnet: Ein sogenanntes Überlebenskonzept, das vom Hattinger Vorstand eingereicht wurde, sah vor, daß - bei Einschränkung der Produktion - beide Grobblech-Straßen im Thyssen-Konzern, also Hattingen und Duisburg, weiter betrieben werden sollten. Die beiden anderen Varianten blieben bestehen. Die Variante eins hätte dem Thyssen-Konzern eine Ergebnisverbesserung von 117 Millionen gebracht, die Variante zwei 189 Millionen, die Variante drei 90 Millionen DM. Damit war die Entscheidung für die Variante zwei, also die Stilllegung der Grobblech-Straße in Hattingen, gefallen. Dem Vorstand der Thyssen AG sollte diese Variante zur Entscheidung vorgelegt werden. Man war somit bereit, für eine Differenz von 35 bis 40 Millionen DM fast 3 000 Menschen in Hattingen in Elend und Armut zu treiben. Nach dieser generellen Entscheidung verschlechterte sich, wenn man den Schilderungen der Herren von Thyssen folgen will, die Situation von Tag zu Tag dramatischer. Es folgten ständig neue Hochrechnungen, in denen die Verluste immer höher anwuchsen. Uns wurde vorgeworfen, wir würden durch unsere „Verzögerungstaktik“ zur Steigerung der Verluste beitragen. Wir wurden sogar für weitere 50 Millionen DM möglicher Verluste persönlich haftbar gemacht. Dort oben schreckt man also vor nichts zurück. Man kam uns selbstverständlich auch mit dem Trick, zu behaupten, die Oberhausener Kollegen hätten längst zugestimmt. Wenn wir also noch Aussicht auf Ersatzarbeitsplätze haben wollten, müßten wir uns beeilen.

Frage: In der aktuellen Diskussion um die Stahlkrise fällt auch immer wieder das Stichwort „Mitbestimmung“. Was kann die Mitbestimmung in diesem Zusammenhang praktisch wirklich leisten?

Rolf Bäcker: Seit dem Erwerb durch Thyssen im Jahr 1974 gilt die Montanmitbestimmung für die Henrichshütte nur noch in sehr eingeschränkter Weise. Ursprünglich sollte die Henrichshütte als unselbständige Betriebseinheit bei der Thyssen-Stahl landen. Dagegen hat es hier 1974 große Demonstrationen

gegeben. Dieser Einsatz für den Erhalt der Montanmitbestimmung führte dazu, daß DGB und IG Metall mit dem Unternehmen einen Vertrag geschlossen haben, der „fürs Auge“ die Montanmitbestimmung erhielt. Aber nach dem Buchstaben des Gesetzes weist diese Regelung nur einen äußerst eingeschränkten Charakter auf. Die Henrichshütte ist seit dieser Zeit eine Betriebsführungsgesellschaft. Dir gehört nichts mehr- außer Belegschaftsmitgliedern. Mit diesen Belegschaftsmitgliedern betreibt sie im Auftrag der Thyssen-Stahl AG die ihr gehörenden Anlagen in den ihr gehörenden Gebäuden. Das hat in bezug auf die Mitbestimmung zur Folge, daß der Aufsichtsrat über die wesentlichen Entscheidungen, wie sie gerade jetzt anstehen, lediglich angehört wird. Auch wenn diese Anhörungen negativ verlaufen, wenn also etwa eine Mehrheit des Aufsichtsrates gegen gewisse Entscheidungen stimmt, dann ändert das nichts an diesen Entscheidungen. Nach Auffassung des Vorstands der Thyssen-Stahl AG kann deren Vorstand den Vorstand der Henrichshütte anweisen. Wir sind allerdings der Meinung, daß es, zumindest wenn es wie in diesem Fall um Betriebsstillegungen geht, nötig ist, mit solchen Vorgängen wenigstens in den Aufsichtsrat der Thyssen-Stahl AG zu gehen. Inzwischen ist der Vorstandsvorsitzende der Thyssen-Stahl AG der Meinung, daß er wohl mit der Schließung der Hochöfen, nicht aber mit der Schließung von Walz- und Stahlwerk in den Aufsichtsrat der Thyssen-Stahl AG gehen müsse. Wir bleiben zusammen mit der IG Metall der Auffassung, daß alle diese Angelegenheiten im Aufsichtsrat der Thyssen-Stahl AG zur Abstimmung gestellt werden müssen. Es wäre wünschenswert, wenn wir alle Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für unsere Meinung gewinnen könnten. Ob wir auch den neutralen Mann gewinnen können, ist fraglich. Jedenfalls habe ich die Hoffnung, daß die Solidarität aller Betriebseinheiten herzustellen ist.

Frage: Wie werden die betroffenen Menschen mit dieser schwierigen Situation hier auf der Henrichshütte und in Hattingen fertig?

Marga Wende: Sie werden schlecht damit fertig. Als am 19. Februar 1987 klar wurde, was hier nach Auffassung von Thyssen geschehen soll, sprach sich das wie ein Lauffeuer auf der Hütte herum. Von einer zur anderen Minute hat niemand mehr gearbeitet, jeder wollte wissen, ob es stimme, was die mit uns vorhätten. Es wurde allgemein für unmöglich gehalten, daß fast eine ganze Belegschaft auf die Straße gesetzt würde. Am 20. Februar sind dann Kolleginnen und Kollegen hier vor dem Betriebsratsbüro aufmarschiert, um zu fragen, was an den Informationen dran sei. Dabei spielten sich Szenen ab, wie ich sie noch nie erlebt habe: Männern standen Tränen in den Augen; sie fragten, was aus ihren Kindern werden solle. Viele, die sich ein neues Auto oder Einrichtungsgegenstände angeschafft haben, wissen nun nicht mehr, wie sie die Raten bezahlen sollen. Noch vor kurzem hat Thyssen in Hattingen Eigentumswohnungen verkauft. Diejenigen, die sie gekauft haben, stehen nun vor der Frage, wie sie sie bezahlen sollen. Sehr viele von ihnen sind seit Jahrzehnten hier auf der Hütte beschäftigt; in manchen Familien sind schon Generationen auf dieser Hütte tätig. Auch in meiner Familie ist es so gewesen; ich selbst bin 29

Jahre hier in diesem Werk beschäftigt. Wenn das nun das Ende sein soll, kann ich nur sagen, daß mein ganzes Lebenswerk damit vernichtet worden ist.

So sehen es viele, insbesondere auch viele Frauen. Nach dem 19. Februar haben sich viele Frauen bei mir gemeldet, die nicht wissen, was nun aus ihnen und aus ihrer Familie werden wird. Wir haben dann sehr schnell beschlossen, uns zu treffen. Unsere erste Zusammenkunft fand an Weiberfastnacht statt. Obwohl wir Sorge hatten, daß vielleicht an diesem Tage nicht sehr viele Kolleginnen und Kollegen kommen würden, stellte sich heraus, daß der Versammlungssaal zu klein war. Es waren über 90 Frauen da. Wir haben dort eine Fraueninitiative gegründet, deren Aufgabe es vor allem ist, die Frauen miteinander ins Gespräch zu bringen. Anders als die Männer, die sich am Arbeitsplatz miteinander austauschen können, sind die Frauen doch oft isoliert. Wir möchten vor allem denjenigen helfen, die weder ein noch aus wissen und meinen, sie seien am Ende. Es zeigt sich schon jetzt, daß die Frauen bereit sind zu kämpfen.

Frage: Gehören der Initiative in erster Linie die Frauen der Männer an, die hier beschäftigt sind oder auch solche Frauen, die hier arbeiten?

Marga Wende: Beides. Es sind auch viele nicht unmittelbar betroffene Frauen dabei: Lehrerinnen, Verkäuferinnen. Wir haben eine große und breite Solidarität.

Frage: Ist es nicht besonders schlimm für die Jugendlichen, die hier auf der Henrichshütte Ausbildungsplätze haben oder finden wollen, wenn das Werk möglicherweise stillgelegt wird?

Rolf Bäcker: Ja, für die ist es ganz schlimm. In dieser Stadt werden pro Jahr insgesamt etwa 320 Ausbildungsplätze angeboten, davon 170 in diesem Unternehmen. Es ist ganz klar, daß das insbesondere die Schulabgänger hart trifft. Den meisten Jugendlichen bleibt an ihrem Geburtsort keine berufliche Perspektive. Das hat dazu geführt, daß sich fast alle Schüler und Lehrer hier in Hattingen an unseren Demonstrationen beteiligt haben. Es ist für viele eine erschreckende Erfahrung gewesen zu sehen, wie ein Unternehmen auf seine soziale Verantwortung verzichtet. Das hat insofern Wirkung gezeigt, als Thyssen erklärte, daß andere doch in die Ausbildungsverpflichtung eintreten könnten. Damit sind faktisch der öffentlichen Hand etwa 500 Ausbildungsplätze anheimgegeben. Dafür soll sich der Steuerzahler sozusagen etwas einfallen lassen.

Inzwischen hat es in dieser Sache nicht nur bemerkenswerte Initiativen von der IG Metall, insbesondere von Hans Preiss, gegeben, sondern auch eine erste Zusammenkunft aller Beteiligten, unter anderem Landesarbeitsamt, Kammern, Wirtschaftsvereinigungen, Kommunen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß Thyssen aus der Verantwortung insbesondere auch für die Ausbildung nicht entlassen werden darf. Bei dieser ersten Besprechung war Thyssen absolut inkompetent vertreten. Wir gehen davon aus, daß sich das bei einer

zweiten Besprechung ändert. Jedenfalls zeichnet sich ab, daß Thyssen aus der Ausbildungssituation ohne jede eigene finanzielle Leistung herauszukommen versucht. Es werden offenbar Dumme gesucht, die das in dieser Größenordnung hier in Hattingen übernehmen. Aber wie sollen etwa Kommune, Land und andere hier Ersatzarbeitsplätze anbieten, wenn es an ausgebildeten Facharbeitern fehlt und deren Ausbildung bereits im Vorfeld eingestellt wurde?

Marga Wende: Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Situation der Jugendlichen bisher schon problematisch war. Zwar hat Thyssen ausgebildet und gesagt, sie seien sich der Verpflichtung zur Ausbildung bewußt, aber nach der Ausbildung standen die Jugendlichen dann oft vor dem Nichts, weil sie nicht übernommen wurden. Der Betriebsrat hat dann immer versucht, im Anschluß an die Ausbildung zumindest noch einen Drei-Monats-Arbeitsvertrag herauszuholen, damit im Anschluß das Arbeitslosengeld etwas höher ausfiel.

Rolf Bäcker: Am Beispiel der Ausbildung zeigt sich, wie sich die Katze in den Schwanz beißt. Vor einigen Jahren hat der Bundeskanzler es zu seinem persönlichen Anliegen gemacht, allen Auszubildenden einen Ausbildungsplatz zu verschaffen. Damals hat sich auch Thyssen zu seiner sozialen Verpflichtung zur Ausbildung bekannt. Wir hatten keine Schwierigkeit, alle Ausbildungsplätze zu besetzen. Heute ist davon nicht mehr die Rede. Heute wollen die gleichen Leute die Last der Ausbildung auf den öffentlichen Dienst und andere Stellen verlagern. Die damalige Kampagne hat also kein stabiles Ergebnis erbracht. Es ist wohl doch ein richtiger Gedanke, diejenigen, die nicht ausbilden wollen, mit einer Abgabe zu belegen.

Frage: Wieder zurück zur allgemeinen Stahlsituation im Ruhrgebiet. Seid ihr der Meinung, daß eure Lage und eure Perspektiven den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik, etwa in Bayern und Baden-Württemberg, hinreichend klar sind?

Rolf Bäcker: Es ist schon ein starkes Stück, wenn ein Konzern es offensichtlich darauf anlegt, eine Stadt kaputt zu machen. Nicht nur, daß beinahe alle Arbeitsplätze beseitigt werden, der Konzern stiehlt sich auch aus seiner Verantwortung für Ersatzarbeitsplätze. Man muß annehmen, daß es dem Konzern geradezu egal ist, was mit den Arbeitnehmern und der Stadt geschieht.

Marga Wende: Als Thyssen 1974 Rheinstahl übernommen hat, wurde das nicht gemacht, um ein gutes Werk zu tun, wie man uns früher Glauben machen wollte. Uns wurde damals oft vom Thyssen-Vorstand gesagt: Wenn wir euch nicht gekauft hätten, wärt ihr spätestens 1976 tot gewesen. Thyssen hat Rheinstahl damals jedoch aufgekauft, um einen lästigen Konkurrenten loszuwerden und weil ihnen das Know-how fehlte, das hier in Hattingen vorhanden war. Über die Situation hier auf der Hütte und in Hattingen sind, glaube ich, schon viele im Lande recht gut informiert. Ich erhalte viele Anfragen von Leuten, die

wissen wollen, was hier denn eigentlich los ist. Meine Schwester aus Berlin rief mich vor einigen Tagen an und war verärgert darüber, daß möglicherweise 2 900 Menschen einfach auf die Straße gesetzt werden. Sie ist hier in Hattingen aufgewachsen und kann sich das alles gar nicht vorstellen. Eine andere Schwester von mir arbeitet hier in einem Steuerberatungsbüro. Sie ist empört darüber, daß die Koalitionsparteien sich wochenlang über den Spitzensteuersatz streiten, obwohl doch nur ganz wenige den Spitzensteuersatz von 56 Prozent entrichten müssen. Aus ihrer Berufserfahrung kennt sie jedenfalls keinen entsprechenden Mandanten. Dagegen scheint die Bundesregierung für die vielen Hattinger, die von der Hüttenschließung betroffen wären, nichts tun zu wollen.

Frage: Der Widerstand in Hattingen gegen die Hüttenschließung wird ja nicht allein von den Kollegen getragen, die hier auf der Hütte beschäftigt sind, sondern auch außerhalb des Betriebs, vom Bürgerkomitee „Hattingen muß leben“, von einer Fraueninitiative und von einer Jugendinitiative. Welche speziellen Aufgaben verfolgen diese Initiativen? Was macht beispielsweise die Fraueninitiative in Hattingen?

Marga Wende: Die Aufgabe der Fraueninitiative sehen wir in erster Linie darin, für den Erhalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze an der Henrichshütte zu kämpfen. Die bisherigen großen Aktionen der Kollegen auf der Henrichshütte sind immer auch mit Unterstützung der Fraueninitiative gelaufen. Darüber hinaus machen wir auch eigene Sachen. Wir haben Flugblätter erstellt und in der Innenstadt verteilt, wir haben für das Bürgerkomitee „Hattingen muß leben“ Unterschriften gesammelt, wir haben Info-Stände gemacht, wir haben vor kurzem bei einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Regierungssprecher Friedhelm Ost hier in Hattingen einen Brief an den Bundeskanzler weitergegeben, in dem wir noch einmal deutlich gemacht haben, daß wir die Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert sehen und nicht etwa 30 Prozent Arbeitslosigkeit in Hattingen haben wollen. Wir wollen nicht das Armenhaus der Nation werden, wir wollen weiterhin in Hattingen leben. Wir haben den Bundeskanzler daran erinnert, daß er in seiner Regierungserklärung geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und ihm mitgeteilt, daß er dann auch die moralische Pflicht habe, Schaden von *uns* abzuwenden. Wir hoffen, daß wir auf diesen Brief eine Antwort bekommen, denn darum haben wir gebeten.

Am 4. März sind viele Frauen der Fraueninitiative nach Duisburg gefahren. Dort haben wir dem Aufsichtsrats-Vorsitzenden einen Brief übergeben. Zwar sind nur drei Frauen und ein Jugendlicher vorgelassen worden, aber wir haben Gehör gefunden - und daß wir dort gewesen sind, hat auch Resonanz in der Presse gefunden. Wir haben uns vorgenommen, im April eine Besichtigung der Henrichshütte zu veranstalten und den Frauen, deren Männer dort beschäftigt sind, Gelegenheit zu geben, sich die Arbeitsplätze ihrer Männer anzuschauen. Viele Frauen wissen überhaupt nicht, wie die Arbeitsplätze

ihrer Männer aussehen, unter welchen Umweltbedingungen sie arbeiten und überhaupt, wie schwer sie arbeiten müssen für das bißchen Geld.

Frage: Wie ist denn der Durchschnittsverdienst eines Hüttenarbeiters?

Marga Wende: Das hängt davon ab, wo er arbeitet und in welche Lohngruppe er eingestuft ist. Beispielsweise erhält ein verheirateter Walzwerker bei normaler Schicht, also wenn er keine Überstunden und keine Kurzarbeit macht, ein Nettoeinkommen von ungefähr 2 100 DM. Es gibt, wie gesagt, große Unterschiede: die CNC-Dreher haben die höchste Lohngruppe; Kranfahrer sind in die unteren Lohngruppen eingestuft. Viel verdient wird hier jedenfalls nicht: Die Einkommen dürften im Durchschnitt zwischen 1700 und 2100 DM liegen.

Frage: Macht ihr euch in der Fraueninitiative weitergehende Gedanken dazu, was zu tun ist, wenn Massenentlassungen vorgenommen würden? Auf vielen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen lastet wahrscheinlich ein schwerer finanzieller Druck. Gibt es Überlegungen, diese Kolleginnen und Kollegen auch finanziell zu unterstützen?

Marga Wende: Wenn ich ganz ehrlich bin, wollen wir über so etwas überhaupt nicht reden. Für uns würde das bedeuten, daß wir uns schon mit den Entlassungen abgefunden hätten. Das ist aber keineswegs der Fall. Natürlich hat mal die eine oder der andere ein ungeheures Tief. Alle fragen sich doch: Was wird aus meinem Kind, sollen wir überhaupt noch in Urlaub fahren oder das bißchen Geld zurücklegen? Einige von unseren Kollegen schreiben bereits Bewerbungen und bekommen schon ziemlich Angst, wenn sie sechs Bewerbungen abgeschickt, aber immer nur Absagen erhalten haben. Es ist schwierig genug, sie aufzubauen, ihnen Mut zu machen und zu sagen: Wir schaffen das schon. Aber soweit sind wir noch nicht, uns jetzt Gedanken zu machen, wie wir uns gegenseitig helfen können, wenn die Entlassungen wirklich anstehen. Ich bin der Meinung, darüber sollten wir jetzt noch nicht reden.

Frage: Wenn man durch Hattingen geht und die vielen Gewerkschaftsplakate in den Schaufenstern sieht, hat man den Eindruck, als seien die Gewerkschaften für die Hattinger eine Art Hoffnungsträger.

Rolf Bäcker: Das sehe ich auch so. Gerade bei unserer IG Metall-Verwaltungsstelle hier in Hattingen tut sich sehr viel, das möchte ich herausstellen. Die Gewerkschaften sind hier zum großen Hoffnungsträger für die Belegschaft, für die Familien und für die Stadt insgesamt geworden. Und daß Kollegen wie Hans Preiss und Franz Steinkühler hier gewesen sind, hat, glaube ich, auf viele auch Eindruck gemacht.

Frage: Können die Gewerkschaften dieser Erwartung gerecht werden?

Rolf Bäcker: Nur dann, wenn es gelingt, diesen Protest innerhalb der IG Metall solidarisch nach außen zu tragen. In vielen Gesprächen mit IG-Metall-Kollegen aus anderen Betrieben haben wir klargemacht, daß heute niemand mehr

sicher sein kann, daß ein solcher Kelch an ihm vorübergeht. Jeder Metaller kann eigene Berechnungen darüber anstellen, wann er womöglich von einer Stilllegung betroffen ist. Wenn das so ist, kann es unter den Stahlarbeitern nur breiteste Solidarität geben, wie sie am 18. März erstmals durch die Delegationen aller Stahlstandorte an den beiden Demonstrationsorten in Oberhausen und Hattingen bewiesen wurde. Auf dem Weg, den wir schon jetzt beschritten haben, sollten möglichst viele folgen. Es dürfte keine Stahlstandortstadt mehr geben ohne Bürgerkomitee, ohne Initiative von betroffenen Frauen und Jugendlichen, die gemeinsam unter Führung der IG Metall ihren Protest nach außen tragen. In Hamburg, auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall, gab es eine Diskussion darüber, daß die Zeit vorbei sei, wo eine Minderheit von ungefähr 200 000 Stahlarbeitern der Mehrheit von 2,7 Millionen IG-Metallern ihr Problem als ein vorrangiges Diskussionsthema aufdrängen könne. Hierbei wurde völlig übersehen, daß viele tarifvertragliche Regelungen in der gesamten Metallindustrie nur möglich geworden sind, weil sie Vorläufer in Form von Betriebsvereinbarungen in den montanmitbestimmten Unternehmen hatten. Wenn derartige Positionen nicht ein Übergewicht in der Organisation bekommen sollen, so ist meines Erachtens die ganze IG Metall und besonders ihr Vorstand gefordert. Es muß eine Solidarität praktiziert und organisiert werden, die alle Mitglieder erfaßt. Früher waren zwar die Stahlarbeiter innerhalb der Organisation zahlenmäßig stärker vertreten, aber bis heute war die IG Metall immer froh, die Stahlarbeiter zu haben, wenn es darum ging, etwas in Bewegung zu bringen und durchzusetzen. Ich hoffe, daß diese Rolle der Stahlarbeiter nicht allzu schnell in Vergessenheit gerät.

Frage: Die Situation hier in Hattingen läßt erkennen, daß die Gewerkschaften, um gegen Massenentlassungen anzugehen, möglicherweise verstärkt auf der kommunalen Ebene und im Wohnumfeld aktiv werden müssen. Denn dies ist ja wohl eine Voraussetzung, um Bürgerkomitees ins Leben rufen und unterstützen zu können.

Rolf Bäcker: In dieser Hinsicht kommen noch viele Aufgaben auf den DGB zu. Es müßte ein Bündnis der Benachteiligten in der Bundesrepublik geschlossen werden. Warum eigentlich kämpfen Bauern, Bergleute und Stahlarbeiter nicht gemeinsam?

Frage: Seht ihr überhaupt eine Lösung der Krisenlage in Hattingen und des Stahlproblems? Deuten die Stichworte Sozialisierung, Stahlausschuß, Stahlstiftung Auswege an?

Rolf Bäcker: Vergesellschaftung ist nach wie vor unser Stichwort. Und es ist eigentlich noch nie so bedeutsam gewesen wie heute. Solange die Dinge privatwirtschaftlich geregelt sind, sind Maßnahmen zur Umstrukturierung, die schon lange erforderlich gewesen wären, unterblieben. Da es so nicht weitergehen kann, muß man sich allen Ernstes über Vergesellschaftung unterhalten. Das, was heute ins Haus steht und von den jetzigen Besitzern ohne Skrupel vorgenommen wird, muß auf eine längere Zeitachse geschoben werden. Hier

wären die Vergesellschaftung und die Mitsprache wesentlicher anderer Gruppen ein wichtiges Mittel, zu einer Umstrukturierung zu kommen. Keine Umstrukturierung im Unternehmenssinne, sondern so, daß am Ort der Kahl-schlagsanierung neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Über die mannigfa-chen Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik haben wir in der letzten Zeit vieles zur Kenntnis nehmen müssen. Es muß doch möglich sein, den Ein-fluß der Wirtschaft auf die Politik umzukehren und den Einfluß der Politik auf die Wirtschaft so zu stärken, daß etwa große Industrieansiedler wie Daimler-Benz Arbeitsplätze nicht irgendwo schaffen, sondern dort, wo tatsächlich Arbeitsplätze gebraucht werden. Warum mußte das Mercedes-Werk nach Ra-statt gelegt werden und nicht etwa nach Sulzbach-Rosenberg, dem Standort der Max-Hütte? Eine solche Einflußnahme der Politik auf die Wirtschaft muß doch möglich sein. Wenn das alles nicht funktioniert, muß man sich tatsächlich über Instrumente unterhalten, die eine solche Einflußnahme möglich machen. Schließlich müssen wir gemeinsam dafür sorgen, daß es eines Tages politische Mehrheiten in diesem Lande gibt, die bereit sind, mit uns diesen Weg zu gehen.

Marga Wende: Ich bin der Meinung, daß die Menschen lernfähig sind. Wir lernen hier jeden Tag dazu. Wenn ich bedenke, wer heute bereit ist, mit uns auf die Straße zu gehen: das sind Leute, die es bisher strikt abgelehnt haben zu demonstrieren. Sie stehen heute Seite an Seite mit uns. Es ist möglich zu lernen. Und wenn heute noch viele glauben, daß Vergesellschaftung nicht durchzusetzen sei, dann könnte das ja möglicherweise in drei Jahren ganz anders aussehen. Für uns in Hattingen steht jedenfalls fest: Wir lassen uns nicht das Fell über die Ohren ziehen. Wir werden kämpfen und wenn es sein muß, legen wir noch eine Schippe drauf.